

Entwurf

**Festansprache von Thorsten Frei MdB
auf dem „Tag der Heimat“ in Stuttgart,
BdV-Landesverband Baden-Württemberg,
am 17. September 2023**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Landsleute,

das Leitwort des diesjährigen Tages der Heimat hat mit Blick auf den Ukrainekrieg, bei dem wieder Menschen auf der Flucht sind oder vertriebenen worden sind, bedrückende Aktualität.

Krieg, Flucht und Vertreibung sind eben keine Themen aus den Geschichtsbüchern unserer Kinder, sondern tatsächlich Geißeln der Menschheit und stellen erneut eine schwere Herausforderung für die Politik dar.

Ich bedanke mich daher sehr bei Herrn Hartmut Liebscher, dem Vorsitzenden des BdV-Landesverbandes Baden-Württemberg, und Herrn Albert Reich, BdV-Kreisvorsitzender Stuttgart, für die Einladung zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Ich darf Ihnen zunächst die herzlichsten Grüße unseres Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, ausrichten. Friedrich Merz hat einen persönlichen Bezug zu Krieg und Vertreibung, denn seine Schwiegereltern stammen aus Breslau.

Ebenfalls am Herzen liegen die Heimatvertriebenen meinem Hamburger Kollegen Christoph de Vries, der in der 20. Legislatur Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist, von dem ich auch herzliche Grüße überbringe.

Wie Sie sicher wissen, unterhält die Union als einzige Fraktion seit 1949 diese Arbeitsgruppe im Bundestag, die fester Ansprechpartner für die Interessen der deutschen Heimatvertriebenen, der Aussiedler und Spätaussiedler und der deutschen Minderheiten in Mitteleuropa und in den Staaten der früheren Sowjetunion ist.

Damit erkennt unsere Fraktion nach wie vor das Kriegsfolgeschicksal an, aus dem sich eine Einheit ergibt aus Vertriebenen, von denen etwa eine Million im Bund der Vertriebenen organisiert sind, über vier Millionen Aussiedler wie Spätaussiedler und eine Million Angehörige der deutschen Minderheiten in Osteuropa.

Unsere Arbeitsgruppe hat derzeit 50 Mitglieder, davon stellt die Landesgruppe Baden-Württemberg mit elf Kollegen den größten Anteil.

Wir tragen damit im Bundestag maßgeblich zur Verpflichtung bei, zu einem bedeutsamen Teil der Geschichte Deutschlands zu stehen und uns mit ihren Folgen bis heute auseinanderzusetzen.

Dass wir dieser Verpflichtung gerne nachkommen, können Sie allein daran erkennen, wie häufig wir bei Ihnen zu Besuch sind.

So hat Christoph de Vries bereits am 5. August auf dem Schlossplatz in Stuttgart die Festrede zur Charta der Heimatvertriebenen gehalten. Im Jahr davor war es unser Kollege Stephan Mayer, der Erste Stellv. Vorsitzende der Gruppe.

Meine Damen und Herren,

die Pflege des kulturellen Erbes der deutschen Heimatvertriebenen und die Erinnerung an den historischen deutschen Osten ist für uns aus zwei Gründen entscheidend.

1. Für unser nationales Selbstverständnis als Deutsche. Denn auch künftige Generationen müssen wissen, dass große Teile Mitteleuropas jahrhundertlang durch Deutsche geprägt wurden.
2. Weil in unseren heutigen Nachbarstaaten das Interesse an der Beschäftigung mit dem deutschen Geschichtserbe wächst und uns eine unentbehrliche Brücke zu unseren Nachbarn schafft.

Außerdem leben in unseren Nachbarstaaten – von Estland durch das Baltikum, über die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reichs in Polen bis über Böhmen und Mähren, Ungarn und den Balkan hinab bis nach Rumänien noch immer deutsche Minderheiten, die wir von Bundeseite finanziell unterstützen.

Das Engagement Deutschlands reicht dabei von der Finanzierung von Begegnungszentren und

Sprachunterricht bis hin zu Einrichtungen der Altenpflege.

Das Gedenken an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen findet heute auch auf der Ebene des Bundes seinen weithin sichtbaren Niederschlag. Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Hierbei sind zwei Meilensteine zu nennen:

Die Union war es, die, erstens, 2015 den „Nationalen Gedenktag zur Erinnerung an die Opfer von Flucht und Vertreibung“ eingeführt hat, der an jedem 20. Juni in Berlin begangen wird. In diesem Jahr sprachen dort die Bundesinnenministerin Nancy Faeser und der BdV-Präsident Bernd Fabritius.

Zweitens haben wir dafür gesorgt, dass 2021 trotz Corona-Pandemie endlich das 5.000 Quadratmeter große und 75 Mio. Euro teure Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung in Berlin eröffnet werden konnte.

Trotz erheblicher Widerstände und heftiger Kontroversen haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Vertriebenenverbände angemessen beteiligt wurden und der Schwerpunkt der Ständigen Ausstellung im denkmalgeschützten Berliner Deutschlandhaus auf Flucht, Vertreibung und Integration der Deutschen liegt.

Doch ist mit der Eröffnung das Projekt für uns nicht abgeschlossen. Erst jetzt zeigt sich im Betrieb, dass gerade die Angehörigen der Erlebnisgeneration an

der einen oder anderen Stelle der Ausstellung Empathie vermissen.

Deshalb wir jetzt im Stiftungsrat die Initiative eingebracht, wie an einzelnen Stellen der Ständigen Ausstellung den Bedürfnissen der Heimatvertriebenen besser Rechnung getragen werden kann. Die zuständige Kulturstaatsministerin Claudia Roth hat immerhin eine wohlwollende Prüfung signalisiert.

Meine Damen und Herren

am Ende der Legislatur werden wir ein besonderes Jubiläum begehen, nämlich im Mai 2025 80 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges.

Noch immer suchen Menschen nach damals verschollen Soldaten. Es sind gerade die Enkel, die neue Fragen die Geschichte ihrer Familien stellen, die wissen wollen, was mit ihren Angehörigen im Zweiten Weltkrieg passiert ist.

Der Suchdienst des DRK kostet 10 Millionen Euro pro Jahr und erhält jährlich mehr als 10.000 Anfragen, was eine signifikante Größe darstellt und eine maßvolle Weiterführung der Arbeit rechtfertigt.

Daher haben wir noch zu unseren Regierungszeiten erreicht, dass der DRK-Suchdienst nicht – wie schon geplant – eingestellt, sondern bis 2025 verlängert wurde.

Die DRK-Präsidenten Gerda Hasselfeldt informierte uns kürzlich, dass die Anfragen sogar noch gestiegen sind. Deshalb werden wir uns für eine

erneute und maßvolle Verlängerung dieser wertvollen humanitären Arbeit einsetzen.

Liebe Landsleute,

das kulturelle Erbe der Deutschen aus dem östlichen Europa zu sichern, ist eine Kernaufgabe des Bundes und der Länder nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes.

Als die Union zuletzt 2005 die Regierung übernahm haben wir die Fördermittel von damals 12,5 Millionen Euro jährlich auf über 31 Millionen Euro im Jahr 2021 erhöht.

Damit sind in unserer Regierungsverantwortung die Mittel also fast verdreifacht worden.

Wir haben mit dem stetigen Mittelaufwuchs die notwendige Modernisierung der 96er-Einrichtungen vorangebracht.

Ich nenne als Beispiel nur das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm, das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg hier in der Schloßstraße oder das Haus der Donauschwaben in Sindelfingen.

An dieser Stelle gilt mein Dank dem Stellv. BdV-Landesvorsitzenden, Raimund Haser MdL, der sich in seiner Funktion als Vorsitzender des Hauses sehr für den Umbau einsetzt.

Alle diese Einrichtungen müssen selbstverständlich als Erinnerungs- und Lernorte weiterentwickelt werden, um die Verständigung zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn zu fördern

und damit einen Beitrag zum europäischen Erinnerungstransfer zu leisten.

Welchen Stellenwert die Ampelkoalition dieser Kulturförderung beimisst, lässt sich leider an den Kürzungen der Projektmittel im Bundeshaushalt 2023 ablesen.

Die Union hat scharf protestiert und alle parlamentarischen Register gezogen, so dass es im Haushalt 2024 zu keinen negativen Veränderungen bei den nach §96 geförderten Einrichtungen gekommen ist.

Die Oppositionsrolle gibt uns auch die Gelegenheit, die Zielsetzung und Höhe der Förderung generell zu hinterfragen.

Bei aller Haushaltsdisziplin und teils auch berechtigtem Sparzwang kommen wir jedoch zum Schluss, dass die Fördermittel jeden Euro wert und angesichts der aktuellen Aufgaben nicht mehr angemessen sind. Wir werden überlegen, wie die Sicherung dieses besonderen Kulturerbes zukunftssicher gestaltet werden kann.

Meine Damen und Herren,

ich erinnere daran, dass bisher alle Bundesregierungen das Schicksal der Vertriebenen und ihre positive Funktion bei der Normalisierung des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarländern anerkannt haben.

Seit der deutschen Wiedervereinigung ist zudem die Ausgrenzungspolitik der SED gegenüber den Vertriebenen, die in der DDR 40 Jahre lang als „Umsiedler“ tabuisiert wurden, vollständig überwunden.

Wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zur Integration und Aussöhnung ist natürlich die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950, welche die Vertreter der deutschen Vertriebenen in Stuttgart zu ihrem „Grundgesetz“ erklärten.

Obgleich die Kategorien Rache und Vergeltung bei aktuellen Konflikten noch immer eine verhängnisvolle Rolle spielen, schlossen die Vertriebenen diese in der Charta bereits fünf Jahre nach Kriegsende explizit aus.

Natürlich war die Eingliederung der Heimatvertriebenen eine großartige Gemeinschaftsleistung des gesamten deutschen Volkes. Allerdings wäre sie ohne die tätige und verantwortliche Mitwirkung der Vertriebenenverbände mit ihrem weitverzweigten Organisationsnetz schwerlich gelungen.

Dafür gebührt Ihnen großer Dank und Anerkennung.

Ich begrüße daher außerordentlich, dass sich der im August 2022 gewählte Landesvorstand des BdV Baden-Württemberg neu aufgestellt hat und alle mitgliedsstarken Landsmannschaften im geschäftsführenden Vorstand vertreten sind.

Liebe Landsleute,

die Arbeit geht weiter und wer könnte das glaubhafter sagen als wir Schwaben.

Es bleibt wichtig, sich sowohl den historischen Hintergrund als auch die historische Bedeutung von Tagen wie dem 5. August 1950 immer wieder ins Bewusstsein zu rufen, um auf diesem Wege gemeinsam die Vergangenheit zu verstehen, aus ihr zu lernen und dadurch die Zukunft entsprechend verantwortlich zu gestalten.

Nicht nur Zukunft braucht Erinnerung, auch Versöhnung braucht Erinnerung. Flucht und Vertreibung aus der Heimat sind einschneidende, traumatische Erlebnisse, die man nie vergisst. Die Menschen, denen dieses unendliche Leid widerfahren ist, haben Anspruch auf unser Mitgefühl und unsere Solidarität.

Ihre Leidenserfahrungen, ihre Kultur und ihre Geschichte sind Teil ihrer und damit auch unserer gesamtdeutschen Identität.

Das schwere Schicksal der Heimatvertriebenen hat diese jedoch nie daran gehindert, die Verständigung – ganz im Sinne der Charta – mit unseren Nachbarn im Osten zu suchen.

Die Heimatvertriebenen haben in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche freundschaftliche Kontakte zu den Menschen aufgebaut, die jetzt in ihrer alten Heimat leben. Die Vertriebenen haben zudem beispielhaft vorgelebt, dass Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn möglich ist.

Angesichts des gegenwärtigen Ukraine-Krieges, der viele Menschen erneut zum Verlassen ihrer Heimatorte zwingt, ist es dringender denn je, den nachfolgenden Generationen das Wissen um Flucht und Vertreibung der Deutschen, die weltweit größte Zwangsmigration des 20. Jahrhunderts, zu vermitteln und Lehren für das 21. Jahrhundert zu ziehen.

Meine Damen und Herren,

in den Jahren seit 1949, seit dem Bestehen des Deutschen Bundestages, ist eines ganz klar geworden: Es ist die Union, die der zentrale und verlässliche Partner der Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten ist.

Wir haben uns immer für die Bewahrung und Pflege des geschichtlichen und kulturellen Erbes der Deutschen in Mittel- und Osteuropa eingesetzt. Wir haben unseren Worten stets Taten folgen lassen.

Und ich darf Ihnen eines versichern: daran halten wir auch weiterhin fest!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.